

<p>Haushaltsrede 2012 CDU-Fraktion (Es gilt das gesprochene Wort)</p>

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Gruß gilt allen Gästen und den Vertretern der Presse.

Die Politik ist seit Monaten national und auch international geprägt von der Schuldenkrise in Griechenland.

Wie unterschiedlich sind doch die Wirtschaftsdaten Griechenlands und vieler anderer EU-Staaten im Gegensatz zu Deutschland. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit zwanzig Jahren und die gute Wirtschaftslage lässt die Steuern sprudeln.

Solche positiven Eckdaten müssten eigentlich dazu führen, dass Bund und Länder diese Entwicklung nutzen, um Schulden abzubauen und den Kommunen ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, um die anfallenden Aufgaben zu bewältigen.

Einige Bundesländer schaffen dies auch, ja sie erzielen sogar Überschüsse (Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen).

Nordrhein-Westfalen suchen wir aber vergeblich unter den Ländern, die einen Haushaltsüberschuss haben. Nordrhein-Westfalen ist der größte Schuldenmacher, mit einem Defizit von 2,9 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2012.

Die Gesamtschulden belaufen sich auf über 135 Milliarden Euro.

Nach Aussage von Minister Jaeger steht das GFG 2012 unter dem Motto:

„Mehr und gerechter!“

Allerdings fragt man sich für wen.

In einer Presseinformation vom 21.10.2011 heißt es: „Seit dem Regierungswechsel werden die Kommunen nicht mehr zur Konsolidierung des Landeshaushaltes herangezogen ...“

Diese Aussage klingt gut.

Nun glaubt ein jeder, das Land werde die Kommunen entlasten.

Weit gefehlt, die Lösung der Landesregierung sieht folgendermaßen aus. Ab 2013 finanzieren die etwas bessergestellten Kreise, Städte und Gemeinden die Kommunen, die heute schon pleite sind.

Und das Ergebnis wird sein, dass wir im Kreis Heinsberg, die wir über Jahre und Jahrzehnte eine gute Finanzpolitik gemacht haben, in den kommenden Jahren dafür bestraft werden. Dass wir bis heute eine gute Finanzpolitik gemacht haben, ist nicht nur die Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion. Die Regierungspräsidentin Frau Walsken hat anlässlich des Festaktes zum 40-jährigen Bestehen des Kreises Heinsberg den Kreis Heinsberg ausdrücklich für seine Politik und hier im Besonderen für seine Finanzpolitik gelobt.

Meine Damen und Herren,

Herr Minister Jaeger spricht immer wieder davon, dass die Vorgaben der ifo-Kommission im Entwurf des GFG 2012 enthalten sind. Das mag ja stimmen, aber es sind leider nur die Vorgaben, die zu einer Entlastung der großen kreisfreien Städte führen.

Die einmalige „Abmilderungshilfe“, in diesem Jahr in Höhe von 69 Mio. Euro, wird im GFG 2013 nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der kreisangehörige Raum hat bereits im GFG 2011 etwa 135 Mio. Euro an der Gemeindeschlüsselmasse verloren. Das bedeutet konkret, dass der Anteil des kreisangehörigen Raumes an der GFG Gesamtschlüsselmasse von 52,2 % (GFG 2010), über 50% (GFG 2011) auf 48,5% (GFG 2012) zurückgehen wird.

Wie war doch gleich das Motto des GFG 2012: „Mehr und gerechter“

Sieben von zehn Städten und Gemeinden im Kreis Heinsberg erhalten trotz Abmilderungshilfe weniger Schlüsselzuweisungen.

Nehmen wir z.B. die Gemeinde Selfkant, sie erhielt 2011 ca. 3,4 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen, in diesem Jahr ohne Abmilderungshilfe wären es 2,6 Mio. Euro gewesen und mit der einmaligen Abmilderungshilfe bleibt trotzdem ein Minus von 480.000 Euro (-13,9%).

Es hat den Anschein, dass die Landesregierung die kreisfreien Städte bevorzugt, und ein Schelm, wer da Böses denkt.

Bei einer solchen Landespolitik wird irgendwann auch die größte Rücklage aufgebraucht sein. Wer bis heute weitsichtig und verantwortungsvoll mit den Finanzen umgegangen ist, wird nun dafür auch noch bestraft. Ich frage Sie, ist das gerecht?

Der Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden wird immer enger. Der Kreis hat in den vergangenen Jahren sein kommunalfreundliches Handeln dadurch dokumentiert, dass unterjährige Verbesserungen an die Städte und Gemeinden weiter gereicht wurden, dies waren alleine in den letzten beiden Jahren ca. 7 Mio. Euro. In diesem Jahr werden wir 7,5 Mio. Euro aus der Ausgleichsrücklage nehmen, um die Kreisumlage in erheblichem Maß zu senken (Kreisumlage 2012, 111,38 Mio. Euro). Diese Maßnahme gibt den Kommunen im Kreis nach unserer Auffassung eine entsprechende Planungssicherheit bei der Aufstellung der Haushalte.

Wir wollen mit dieser Entnahme verdeutlichen, dass wir auch in Zukunft versuchen werden, die Krise im solidarischen Miteinander zu bestehen.

Für den Kreis heißt dies, dass es einiger Anstrengungen bedarf, um entsprechende Einsparungen und Prozessoptimierungen zu generieren, damit wir auch für die kommenden Jahre, einen Handlungsspielraum haben, um den Kommunen des Kreises vor allem in Sachen Kreisumlage entgegen zu kommen.

Deshalb sind wir als CDU-Fraktion der Auffassung, dass wir vorerst alle Verbesserungen, die sich aus dem laufenden Haushaltsjahr 2012 ergeben, nicht unterjährig an die Städte und Gemeinden weiterreichen. Wir wollen die

finanzpolitische Entwicklung im Laufe des Jahres beobachten und am Ende des Jahres entscheiden, ob noch Spielraum für weitere Entlastungen besteht.

Das Land zwingt die Kommunen durch sein Finanzgebaren dazu, in den verschiedensten Bereichen die Steuern zu erhöhen, Geld, das letztendlich den Bürgerinnen und Bürgern fehlen wird.

Geld das fehlen wird für notwendige Investitionen oder für Vereinsbeiträge und im schlimmsten Fall für den täglichen Lebensunterhalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der SPD Fraktion und Bündnis90/Die Grünen, ich möchte Sie eindringlich darum bitten, auf Ihre Parteifreunde in Düsseldorf einzuwirken, dass diese Politik der Umverteilung aufhört.

Meine Damen und Herren,

die Politik, die wir als CDU im Kreis machen, ist nach unserer Auffassung zukunftsfähig, nachhaltig und den Menschen zugewandt, wir wollen, dass alle Menschen, jung oder alt, mit oder ohne Handicap, mit oder ohne Migrationshintergrund die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten.

Für die CDU ist das christliche Menschenbild Grundlage allen Handelns, und somit ein ganzheitlicher Ansatz, der für alle Politikfelder gilt.

...Teilhabe am Leben... diese Worte sind zu einem Schlagwort geworden, vor allem nach dem die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen am 3. Mai 2008 in Deutschland in Kraft getreten ist. Sie fordert uns auf, unsere gesellschaftlichen Lebensräume inklusiv, das heißt so zu gestalten, dass jeder Mensch teilhaben kann.

Menschen, die ein Handicap haben, müssen am „normalen“ Leben teilnehmen können. Sie brauchen im Alltag, im Arbeitsleben und auch im Schulwesen weiterhin eine optimale Förderung, damit diese Teilhabe möglich ist.

Dies stellt uns als Kreis vor einer immensen Herausforderung und bedeutet, dass tiefgreifende Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen notwendig sind.

Zurzeit ist das Thema vor allem im Bereich der Schulen virulent und an dieser Stelle muss einmal deutlich gesagt werden, dass Förderschulen und Einrichtungen, wie z.B. die Lebenshilfe und Rurtalschule hervorragende Arbeit leisten.

Die Politik sollte betroffenen Menschen und z.B. Eltern keine Versprechungen machen, die sie im Nachhinein nicht erfüllen kann. Denn vor dem Hintergrund der klammen Kassen beim Land und den Kommunen können wir auch hier die Dinge nur schrittweise umsetzen und nach unserer Auffassung muss auch hier das Konnexitätsprinzip angewandt werden.

„Bundespräsident a.D. Richard v. Weizsäcker hat 1993 in einem Grußwort anlässlich einer Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte folgenden Satz formuliert: 'Dass Behinderung nur als Verschiedenheit aufgefasst wird, das ist ein Ziel, um das es uns gehen muss.'

Jeder Mensch, unabhängig von der Art und Schwere seiner Behinderung, hat das Recht als Persönlichkeit und als Bürger ernstgenommen zu werden.“

(Positionspapier der CDU-Landtagsfraktion zum Thema Inklusion)

Diesen Worten ist nichts mehr hinzuzufügen.

Die Thematik der Integration ist für uns als Kreis ebenfalls von Bedeutung. Sie ist eine Aufgabe, die nicht nur durch staatliche Maßnahmen zu bewältigen ist. Alle gesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen müssen hierzu einen Beitrag leisten. Vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen wir die Integration vorantreiben.

Menschen, die aus anderen Ländern und Kulturen zu uns kommen oder auch schon seit einigen Jahren in unserem Land leben, sollen durch vielfältige Angebote, die wir ihnen eröffnen, spüren, dass wir wollen, dass sie sich integrieren und in unserem Land wohlfühlen.

Wichtige Bausteine für eine gelingende Integration sind zum einen das Erlernen der deutschen Sprache und zum anderen eine tolerante und offene Gesellschaft, die sich gegen alle extremistischen Gruppierungen, ob von rechts oder links, zur Wehr setzt. Wir haben als Kreis schon auf vielfältige Art und Weise klare Zeichen für Toleranz und Demokratie gesetzt. Wir dürfen in diesem Bemühen auch in Zukunft nicht nachlassen.

Meine Damen und Herren,

die Aufwendungen für soziale Leistungen machen auch im Haushaltsentwurf für 2012 wieder einen hohen Anteil aus. Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung positiv ist und auch der Arbeitsmarkt entsprechend angezogen hat, kann man hier nur von einer leichten Veränderung zum Positiven sprechen (*Einsparungen insgesamt bei 1.3 Mio. Euro*).

Armut, Kinderarmut, Altersarmut, sind Begriffe, die vermehrt in den Schlagzeilen zu finden sind. Kirchen und Sozialverbände fordern die Politik immer wieder von neuem auf, sich der Thematik zu widmen.

Und so haben wir uns auf Initiative der CDU-Fraktion darauf verständigt, fraktionsübergreifend die Themen Armut – Kinderarmut anzugehen.

Dabei ist es mir ein besonderes Anliegen gewesen, diese Themen nicht parteipolitisch, sondern parteiübergreifend zu bearbeiten. Allerdings auch im Bewusstsein, dass wir nicht die Weichenstellungen der großen Politik verändern können, sondern nur im Rahmen der Möglichkeiten, die wir vor Ort haben, entsprechende Veränderungen herbeiführen können.

Auf Bundes- oder Landesebene gibt es zu dieser Thematik sicherlich viele Erhebungen und eine Fülle von Datenmaterial. Als Kreispolitiker wollten wir aber konkrete Zahlen, die die Situation im Kreis Heinsberg beschreiben. Und so wurde ein entsprechendes Gutachten für den Kreis Heinsberg in Auftrag zu geben, dass dankenswerter Weise von der Kreissparkasse finanziert wurde. Anfang Februar wurde das Gutachten zum Thema Armut und Kinderarmut vorgestellt. Es ist sehr umfangreich und gespickt mit Daten. Nun gilt es in den kommenden Monaten das Gutachten auszuwerten und die gegebenen Handlungsempfehlungen zu überprüfen.

Um dann, in einem weiteren Schritt entsprechende Rückschlüsse für uns als Kreis daraus zu ziehen und in die aktuelle Politik einfließen zu lassen, soweit diese in der Zuständigkeit des Kreises liegen.

Meine Damen und Herren,

wir können viele Daten sammeln, gute Vorschläge erarbeiten aber die Grundvoraussetzung, damit alle diese Menschen eine wirklich fundierte Hilfe erhalten, ist und bleibt, dass auch entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Und hier schließt sich der Kreis.

Eine Politik, die die heutigen Probleme scheinbar dadurch löst, dass sie für die kommenden Generationen einen riesigen Schuldenberg anhäuft, ist nicht akzeptabel. Und genau das macht zurzeit die Landesregierung Nordrhein-Westfalens.

Aber auch beim Landschaftsverband kann ich hier kein anderes Handlungsmuster erkennen.

Die Landschaftsverbandsumlage ist seit Jahren in den Haushaltsreden ein Dauerbrenner. Und auch wenn der Landschaftsverband wichtige Aufgaben übernimmt, so entbindet ihn das nicht davon, eine verantwortliche Finanzpolitik zu betreiben.

Der Landschaftsverband nimmt 2012 ca. 58 Mio. Euro mehr ein und dennoch müssen wir als Kreis in diesem Jahr voraussichtlich rd. 48,8 Mio. Euro also 3,4 Mio. Euro mehr zahlen als im vergangenen Jahr.

Die gemeinsame Einwendung von 22 Städten und Kreisen gegen diese Politik des Landschaftsverbandes findet die vollste Unterstützung der CDU-Kreistagsfraktion.

Der Kreis handelt Jahr für Jahr kommunalfreundlich, diese Haltung kann ich beim Landschaftsverband nicht erkennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, die sie der sogenannten Gestaltungsmehrheit angehören, es wird Zeit, dass in einer so schwierigen Finanzlage für Kreise, Städte und Gemeinden auch der Landschaftsverband endlich einmal kommunalfreundlich handelt und nicht jedes Jahr die Umlage erhöht.

Meine Damen und Herren,

auch wir sind ein Umlageverband und müssen uns der Kritik der Städte und Gemeinden stellen.

Wir können den Finger nicht nur auf andere richten, daher sind auch wir gefragt, nach Einsparungs- und Optimierungsmöglichkeiten in den verschiedensten Bereichen zu suchen. Dazu sind wir bereit und wollen dies im gemeinsamen Dialog mit der Verwaltung gestalten.

Der Endebericht der GPA liegt vor und es müssen nun weitere Schritte folgen.

Ich erinnere an die Anträge von CDU und FDP vom 22.06.2010.

Es wurde beantragt, ein Controlling einzuführen und die Prozess- und Arbeitsabläufe in der Kreisverwaltung zu untersuchen. Zudem gilt es auch Ziel und Kennzahlen für die im Haushaltsplan des Kreises abgebildeten Produktgruppen zu entwickeln. Und wir können uns durchaus vorstellen, dass dieser Prozess z.B. durch die KGSt extern begleitet wird.

Die CDU-Kreistagsfraktion ist der Überzeugung, dass so entsprechende Einsparpotentiale gehoben werden können.

Eine weitere Möglichkeit Kosten einzusparen ist sicherlich eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit. Sie hilft, kommunale Haushalte zu entlasten, Aufgaben zu optimieren und Gebühren für den Bürger zu senken. Als CDU-Fraktion haben wir die Verwaltung schon im Jahre 2008 beauftragt, die Möglichkeiten zur Bildung einer AÖR zu prüfen, um z.B. im Bereich der Abfallwirtschaft eine interkommunale Zusammenarbeit anzustreben, leider ist dieses Vorhaben nicht gelungen.

Aber dennoch sind wir der Auffassung, dass wir erneut mit den Städten und Gemeinden an einen Tisch müssen, um Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit auszuloten. Und ich bin mir sicher, dass dies auch gelingen kann.

Meine Damen und Herren,

damit sich junge Familien im Kreis ansiedeln oder bleiben, braucht es neben einer guten Verkehrsinfrastruktur, attraktiven Arbeitsplätzen und guten und vielfältigen Schulangeboten, auch für die Kleinsten ein gutes Betreuungsangebot.

Der Ausbau der U3-Betreuung und eine ausreichende Zahl an Plätzen für Kinder über drei Jahren in den Kindertagesstätten und Familienbildungszentren ist eine wichtige Voraussetzung, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Ab August 2013 besteht im Bereich der U3-Betreuung ein Rechtsanspruch. Geplant ist der Ausbau von 632 U3-Plätzen bis August 2013. Allerdings werden bis zum Frühjahr/Sommer 2012 voraussichtlich etwa nur 374 Plätze geschaffen. Sie sehen, wir haben noch Luft nach oben.

13 entscheidungsreife Anträge liegen noch beim Landesjugendamt.

Am 12. Februar konnte man im Super Sonntag die Überschrift lesen: „Geld aus Düsseldorf für den U3-Ausbau“. Diese angebliche Schlagzeile sollte uns suggerieren, dass das Land seinen Verpflichtungen nun endlich großzügig nachkommt. Diese ca. 1,2 Mio. Euro für alle Jugendämter des Kreises Heinsberg sind aber in Wirklichkeit nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Alleine in diesem Jahr wären für den Jugendamtsbezirk des Kreises Heinsberg 2,7 Mio. Euro notwendig, um die nötigen Investitionen zu tätigen. Dabei fließen gerade einmal für die Jahre 2012 und 2013 insgesamt 400.000 Euro in den Kreis, weitere 400.000 Euro kommen vom Bund. Es bleibt also eine Lücke von 1,9 Mio. Euro. Die Erfüllung des Konnexitätsprinzips sieht nach unserer Auffassung anders aus.

Nach einer Berechnung des Kreisjugendamtes belaufen sich die Betriebskosten für U3-Betreuung seit dem 01.08.2008 auf ca. 3 Mio. Euro. Geld, das ebenfalls durch das Land zu zahlen wäre. Grundlage für diese Forderungen ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW vom 12.10.2010. Danach hat das Land alle Kosten, die im Rahmen der U 3-Betreuung entstehen, zu erstatten.

Wir sehen die Landesregierung hier in der Pflicht, nun endlich die finanzielle Voraussetzung für eine U 3-Betreuung zu gewährleisten. Wir sind es leid, dass

immer wieder neue Maßnahmen in den verschiedensten Politikfeldern angekündigt werden. Den Worten müssen endlich Taten folgen.

Meine Damen und Herren,

beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur des Kreises Heinsberg sind wir auf einem guten Weg. Erfreulich ist die Entwicklung im Schienenverkehr, die Strecke Heinsberg-Lindern konnte in Angriff genommen werden und die Fertigstellung im kommenden Jahr hat auch Auswirkungen auf den ÖPNV. Hier gilt es die Angebote aufeinander abzustimmen und zu optimieren.

Sehr erfreulich ist die Kostenentwicklung im ÖPNV, hier wird im kommenden Jahr ein Defizit von unter 4 Mio. Euro erwartet.

Im Bereich des Straßenbaus geht es mit der EK5 voran, der Ausbau der B56n könnte für unseren Geschmack etwas schneller voranschreiten, da das Ende des zweiten Bauabschnitts bei Vinteln keinen wirklichen Nutzen bringt.

Und lassen sie mich dies an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen. Die CDU-Fraktion unterstützt alle Straßenbauvorhaben, die der Kreistag des Kreises Heinsberg beschlossen hat und die in den verschiedenen Straßenbauprogrammen für den Kreis enthalten sind.

Die CDU-Fraktion steht zu den Straßenbauprojekten L364, L117 und die B221 Umgehung Wassenberg und Unterbruch. Diese Projekte sind dringend notwendig zur Entlastung der Ortslagen aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kreises.

Eine Infrastrukturmaßnahme von besonderer Bedeutung ist der Bau einer Autobahn - und zwar der Bau eine Datenautobahn. Dem Thema Breitband müssen wir uns dringend widmen. Hier gilt es in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden, die notwendigen Investitionen auf den Weg zu bringen. Es geht um die Zukunftsfähigkeit des Kreises Heinsberg der Städte und Gemeinden, nur so können wir uns als attraktiver Wirtschaftsstandort etablieren und weiterentwickeln.

Neben diesem wirtschaftlichen Aspekt wird der Zugang zum Internet auch immer mehr zu einem Kriterium für Menschen, die im Kreis Heinsberg leben wollen. In Zeiten des demographischen Wandels und der Tendenz der Menschen wieder in die Ballungszentren zu ziehen ist Vernetzung von und mit modernen Kommunikationsmitteln eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung des Kreises Heinsberg. Wenn man so will, könnte eine solche Investition schon fast in den Bereich der Daseinsvorsorge angesiedelt werden.

Wir fordern den Landrat von dieser Stelle auf hier aktiv zu werden, um die Attraktivität des Kreises zu steigern und zukunftsfähig zu machen.

Wenn es um die Thematik der Zukunftsfähigkeit des Kreises geht, dürfen wir die Themen Energie und Klimaschutz nicht aus den Augen verlieren. Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, dass der Kreis Heinsberg diese Thematik nicht erst nach der Katastrophe von Fukushima auf die Tagesordnung genommen hat. Schon im Jahre 1998 wurde mit der Erstellung einer lokalen Agenda 21 begonnen. Und in den kommenden Jahren ging es vor allem auch um Energiesparmaßnahmen. Dieses Konzept hat bis heute seine Gültigkeit und wird, soweit ich weiß, immer weiter fortgeschrieben. Erinnern möchte ich auch an die Maßnahmen wie:

Deponiegasverstromung, Energetische Sanierungen des Kreishauses und der Berufskollegs, Gründung einer Bürgersolargenossenschaft, die Beheizung des Kreishauses mit regenerativer Energie und Projekten wie Ökoprofit. Diese Arbeit gilt es nun da wo es sinnvoll erscheint weiter zu entwickeln. Hier sei nur die Überlegung genannt auf unseren Mülldeponien Photovoltaikanlagen zu installieren.

Die Themen Energie und Klimaschutz sind wichtige Mosaiksteine der Kreispolitik, die sehr deutlich zeigen, dass unsere Politik auf die Zukunft ausgerichtet ist.

Meine Damen und Herren,

die Kreispolitik ist vielfältig und eine solche Haushaltsrede kann nicht alle Politikfelder abdecken. Einige Dinge habe ich angerissen und sie bedürfen der Vertiefung in den kommenden Monaten. Auch wenn mehr als 95% des Kreishaushaltes Pflichtaufgaben sind, so bin ich davon überzeugt, dass wir aus der Politik heraus einige Impulse für den Kreis geben können.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich auch einige Worte des Dankes sagen.

Den demokratischen Parteien in diesem Haus für die gute und faire Zusammenarbeit. Lassen Sie uns auch in diesem Jahr um die besten Lösungen für die Menschen im Kreis miteinander ringen. Und am Ende Entscheidungen treffen, die zum Wohle aller Menschen sind und den Kreis in eine gute Zukunft führen.

Mein Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit und ganz besonders Herr Schöpgens und seinen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern für die Geduld und Bereitschaft, alle anstehenden Fragen in Sachen Haushalt mit der gewohnten Sachkompetenz zu beantworten.
Vielen Dank!

Meine Damen und Herren,

die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2012 zu.

Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!